Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

AKTUELLES AUS DER 27. KALENDERWOCHE VON STEPHAN BRANDNER

Liebe Freunde und Förderer, liebe Mitglieder der AfD. Eine aufregende und ereignisreiche Woche liegt hinter uns. Diese Zusammenstellung soll Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Themen der Woche, meine Pressemitteilungen und Termine geben. Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wüscht
Euer/ Ihr
Stephan Brandner

1. Pressemitteilungen:

1. Stephan Brandner (AfD): Stadt Gera verplempert 25.000€ für Fassadenwettbewerb (05.07.2021)

Bereits im Mai dieses Jahrs rief das Kulturamt der Stadt Gera zu einem Fassadenwettbewerb für die Gestaltung des Veranstaltungshauses Comma auf und lobte Preisgelder von 10.000 Euro und 15.000 Euro für die Realisierung aus. Mittels Graffiti-Kunst solle die Außenfassade neugestaltet und somit attraktiver gemacht werden. Der Oberbürgermeister meinte auf Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion Gera dazu, dass durch die Fassadengestaltung das Comma als offener Ort der Jugendkultur wahrgenommen werden solle. Eine von der Kulturamtsleiterin Dr. Claudia Tittel eingesetzte Jury entscheide über die Vergabe und damit die Empfänger der Preisgelder.

Stephan Brandner, AfD Bundestagsabgeordneter und Geraer Stadtratsmitglied, ist entsetzt darüber, dass in Gera hart erarbeitete Steuergelder auf diese Art und Weise verplempert werden:
„Vielen Unternehmern und Steuerzahlern steckt die Coronakrise noch in den Knochen, viele bangen um ihre Existenz. Mit einer Entlastung hatten die meisten von ihnen nicht zu rechnen. Auf der anderen Seite wirft die Stadt Gera mit Geldern für Wettbewerbe um sich, die den Bürgern keinerlei Mehrwert bringen und deren Höhe völlig unverhältnismäßig ist. Ich werde genau beobachten, ob dieses Projekt keine weitere, indirekte Finanzierungsquelle der Häselburg wird, denn einige Mitglieder der Jury stehen der Kulturamtsleiterin Frau Dr. Tittel auffällig nahe. Dass die Stadt auf dahingehende Anfragen nur ausweichend antwortet, lässt Schlimmes vermuten.“

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Stephan Brandner (AfD): Schmölln/Nöbdenitz: Profit aus verfehlter Energiepolitik auf Kosten des Landschaftsschutzgebietes

Der Schmöllner Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung mehrheitlich den Entwurf eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Solarpark im Landschaftsschutzgebiet beschlossen.
Dieser Entwurf sieht mehr als 12.000 Quadratmeter für Parkplätze sowie für eine große Photovoltaikanlage mit über 2.000 Modulen vor.
Auf dem Gelände, das im Landschaftsschutzgebiet Sprottental liegt, seien bereits im März 2021 illegal Bäume gefällt worden, berichteten die Medien.

Stephan Brandner, AfD Bundestagsabgeordneter und Direktkandidat für den Wahlkreis 194, Gera-Greiz-Altenburger Land, hält den Stadtratsbeschluss für sehr fragwürdig.
„Einzig und allein der erhoffte Profit auf Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, also dem EEG, ist Grund für Landschaftszerstörung im Sprottental. Es wird Zeit, der verfehlten Energiepolitik der Altparteien ein Ende zu setzen und die daraus resultierenden Subventionszahlungen endlich zu beenden. Dafür setzt die AfD sich auf Bundesebene entschieden ein. Jedes Stück aufgegebene Natur und jeder gefällte Baum zu Gunsten einer auf Ideologie basierenden Politik, ist eines und einer zu viel.“

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

3. Stephan Brandner: Durchschaubares Wahlkampfmanöver – CDU/CSU und SPD übernehmen AfD-Forderung zur Abschiebung von Schwerverbrechern (05.07.2021)

Wie die Medien berichten, spricht sich sowohl Franziska Giffey als auch der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Mathias Middelberg, für die Abschiebung von Schwerverbrechern und Gefährdern nach Afghanistan aus. Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender der Alternative für Deutschland, merkt an, dass man an derartigen Forderungen sehe, dass der Wahlkampf anlaufe – schließlich seien es gerade jene Parteien, die sich nun im Zuge der schrecklichen Morde von Würzburg offenbar genötigt sähen, nach Abschiebungen zu rufen, die die Grenzen seit 2015 weit wie Scheunentore geöffnet hätten und damit Straftätern alle Möglichkeiten der Welt gegeben hätten, nach Deutschland einzureisen. Stephan Brandner wörtlich:

„Dass straffällige Asylbewerber abgeschoben werden müssen, ist für die AfD schon seit Jahren eine Selbstverständlichkeit. Das Gastrecht ist verwirkt, wenn man sich nicht an die Regeln des Landes hält, das einem die Aufnahme ermöglicht hat. Die große Koalition hat sich nie zu einer solchen Aussage hinreißen lassen und versucht nun billigen Wahlkampf mit Forderungen zu machen, die sie nie im Leben umsetzen würde. Wenn es nun seitens der Christdemokraten heißt, es könne keine generellen Abschiebestopps mehr geben und Zuwanderung müsse begrenzt werden, kann ich nur entgegnen, dass die Forderung sechs Jahre zu spät kommt und Deutschland längst schwer unter den Folgen einer ungesteuerten Massenmigration zu leiden hat.“

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

4. **Stephan Brandner (AfD): Nutzen Sie die Einwohnerfragestunde vor der Stadtratssitzung! (06.07.2021)**

   In einer Medieninformation der Stadt Gera wurde am 06.07.2021 bekanntgegeben, dass ab sofort vor jeder Stadtratssitzung eine Einwohnerfragestunde stattfinden wird. Die nächste solche Gelegenheit haben Bürger der Stadt Gera am 14. Juli 2021 ab 17:40 Uhr.

   Der Geraer AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Geraer Stadtrats, Stephan Brandner, ruft die Bürger dazu auf, diese Fragestunde kräftig zu nutzen.

   Brandner wörtlich: „Es ist nicht alles Gold was glänzt in unserer Gewinnerstadt. Viele Fragen bleiben unbeantwortet und bedürfen der dringenden Klärung. Nutzen sie die Gelegenheit, dem Oberbürgermeister und den Stadträten, also auch mir, Fragen zu stellen, die Ihnen unter den Nägeln brennen! Für uns als AfD ist Bürgerbeteiligung ein wichtiger Baustein der Demokratie. Wir begrüßen diese neue und nun häufigere Möglichkeit sehr. Auch ich werde vor Ort sein und freue mich, Sie zu sehen!“

5. **Brandner (AfD): Immer mehr Messerattacken: Endlich entschieden gegen Messerkriminalität vorgehen (06.07.2021)**

   Nicht nur die Morde von Würzburg, auch Attacken in Erfurt, Hof, Minden, Osnabrück, Karlsruhe und an vielen anderen Orten allein in den letzten Tagen, zeigen, dass entschiedene Maßnahmen gegen die massive Messerkriminalität dringend notwendig sind. Schon seit Jahren fordert die AfD nicht nur eine einheitliche bundesweite Erfassung der Messerstraftaten sondern auch ein konsequentes Vorgehen dagegen: eine Forderung die ganz offensichtlich und zum blutigen Schaden vieler Menschen von allen anderen Parteien ignoriert wird.
   „Wenn man schon 2018 auf die AfD gehört hätte, könnten viele Menschen noch leben – viel Leid wäre Opfern und Angehörigen erspart geblieben! Stattdessen redet man lieber die aktuelle Situation schön oder verschweigt sie, spricht von Populismus und tut nichts. Ich fordere erneut ein entschiedenes Vorgehen gegen Messerkriminalität, um diese endlich – wenn es auch eigentlich schon viel zu spät ist – einzudämmen! Außerdem muss dringend das Mindeststrafmaß bei Messerdelikten deutlich erhöht werden, um für Abschreckung zu sorgen“, meint Stephan Brandner.

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

6. Stephan Brandner: Politische Einmischung des Bundesverfassungsgerichts in den Wahlkampf (07.07.2021)

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat heute das Verfahren einer Organklage von 19 Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion gegen die Maskenpflicht in den Räumen des Deutschen Bundestages eingestellt und lapidar in zwei Sätzen mitgeteilt, ein öffentliches Interesse bestünde nicht mehr, zumal der Antrag unzulässig gewesen wäre (2 BvE 10/20). Bereits vor etwa zwölf Wochen hatten die Antragsteller die Klage zurückgenommen und das Verfahren damit formell beendet.

Dazu teilt der Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion und ehemalige Vorsitzende des Rechtsausschusses, Stephan Brandner, mit:

„Natürlich war diese Einstellung erwartet worden. Warum sollte auch das Gericht etwas entscheiden, was die Antragsteller gar nicht mehr wollten? Dennoch bleibt ein Geschmäckle: Es gab keinen Grund, ohne auch nur ein einziges Wort der Begründung auf eine angebliche Unzulässigkeit hinweisen, die es greifbar nicht gab. Dieser Lapsus lässt sich für mich nur dadurch erklären, dass es an der notwendigen Politikferne fehlt. Das Bundesverfassungsgericht mischt sich auch hier in fragwürdiger Art und Weise in die politische Auseinandersetzung, zumal in zeitlich unmittelbarer Nähe zu einer Bundestagswahl, ein.

Mehrere offene Verfahren der AfD-Bundestagsfraktion, etwa wegen der Versagung eines Bundestagsvizepräsidenten oder der Abwahl des Rechtausschussvorsitzenden, aber auch wegen Fehlern der Vizepräsidenten Roth und Friedrich, schieben die Richter seit Monaten, ja Jahren, auf die lange Bank. Aber dafür, in der Wahlkampfzeit einen negativen Beschluss gegen Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion zu verkünden, obwohl diese ihre Klage längst zurückgenommen haben, findet das Gericht Zeit. Hier drängt sich der Verdacht auf, dass die AfD-Fraktion und deren Abgeordnete bewusst vorgeführt werden sollen.“

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

7. Zweifel an der Unvoreingenommenheit von Verfassungsrichtern darf es nicht geben – vor allem nicht in diesem Fall! (09.07.2021)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am 30. Juni 2021 zusammen mit weiteren Mitgliedern der Bundesregierung eine Delegation des Bundesverfassungsgerichts zu einem gemeinsamen Abendessen im Kanzleramt empfangen. Zur Delegation gehörte u.a. auch die Vorsitzende des Zweiten Senats. Bei diesem sind aktuell unter anderem zwei Organklagen der AfD gegen die Kanzlerin und die Bundesregierung anhängig. Über beide Klagen soll am 21. Juli 2021 in Karlsruhe mündlich verhandelt werden. Dass sich die Vorsitzende des Zweiten Senats und wohl auch weitere Richter desselben drei Wochen vor dieser mündlichen Verhandlung mit der Beklagten auf deren Einladung und faktisch auf deren Kosten zum Abendessen treffen, wirft die Frage auf, ob sie in diesen Verfahren weiterhin als unbefangen betrachtet werden können. Der AfD-Bundesvorstand verneint das und hat durch seinen Prozessbevollmächtigten deshalb heute einen Befangenheitsantrag gestellt.

Stephan Brandner, stellvertretender AfD-Bundessprecher, erklärt dazu:
„Wenn sich Verfassungsrichter drei Wochen vor einer entscheidenden mündlichen Verhandlung von Verfahrensbeteiligten einladen lassen, dann weckt dies gravierende Zweifel an deren Unparteilichkeit. In einem Prozess gegen Verfassungsorgane gilt dies ganz besonders. Denn in verfassungsrechtlichen Verfahren gilt bezüglich der Unparteilichkeit der Richter ein besonders strenger Maßstab, weil ja das Bundesverfassungsgericht abschließend und ohne Möglichkeit, dass die unterlegene Partei Rechtsmittel einlegen könnte, entscheidet.
Die Richter des Bundesverfassungsgerichts müssten diesen Maßstab eigentlich kennen. Dass sie sich trotzdem von der Kanzlerin haben einladen lassen, lässt die Zweifel an ihrer Unparteilichkeit nicht gerade geringer werden – im Gegenteil. Zumal auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Harbarth, ein langjähriger politischer Weggefährte Merkels ist. Genau deshalb haben wir heute einen Befangenheitsantrag gestellt. Denn gerade in einem Prozess, in dem es darum geht, ob die Kanzlerin die ihr als Verfassungsorgan obliegende Neutralitätspflicht verletzt hat, indem sie öffentlich und bei einem Staatsbesuch in Südafrika forderte, die Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten Thüringens rückgängig zu machen, darf es keine Befürchtungen geben, dass die zuständigen Richter womöglich voreingenommen sein könnten. Andernfalls würde das Vertrauen in unsere Verfassungsorgane gleich doppelt Schaden nehmen.“

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Aktuelle Videos:

1. Fünf Fragen – Fünf Antworten

https://www.youtube.com/watch?v=nODlzUI2Ako

2. Gute Fragen Schlechte Antworten

https://www.youtube.com/watch?v=F1PejG-HhkM

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

3. Mehr von Stephan Brandner

1. **Brandner fragt nach:** **(auf das Bild klicken, um der Weiterleitung zu folgen)**

2. **Brandner fragt nach:** **(auf das Bild klicken, um der Weiterleitung zu folgen)**

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

3. Brandner fragt nach: **(auf das Bild klicken, um der Weiterleitung zu folgen)**

4. Brandner fragt nach: **(auf das Bild klicken, um der Weiterleitung zu folgen)**

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

5. Kundgebung in Aue

6. Büroeröffnung JA in Weimar

7. Stammtisch in Altenburg

8. Infostand in Gera

4. Ausblick auf nächste Woche

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Auf in den Wahlkampf!
Direktkandidat. Aber normal

Vor einigen Wochen wurde ich zum **Direktkandidaten** der AfD für die Bundestagswahl im Wahlkreis 194, **Gera-Greiz-Altenburger Land**, gewählt. Und seit dem 8. Mai weiß ich nun auch, dass ich als **Spitzenkandidat der AfD** Thüringen in den Wahlkampf ziehen werde. Meine Motivation ist größer denn je: nie hat unser Land dringender eine Alternative gebraucht! Grundrechte werden sang- und klanglos eingeschränkt – sogar abgeschafft - Kindern werden die Bildungschancen verbaut, Alte vereinsamen und allen gemeinsam wird vorgemacht, dass nur Impfungen es ermöglichen, die Einschränkungen zu beenden. **Grundrechte wurden Privilegien**, Menschen sind dankbar dafür, wenn sie nachts vor die Tür gehen dürfen oder ihnen erlaubt wird, in den Urlaub zu fahren. Gewaltenteilung? Föderalismus? Alles Geschichte, entsorgt von den Altparteien. Und nun lauern auch noch die Grünen mit einer potenziellen Kanzlerin, die zum einen schlicht ungeeignet ist und zum anderen **Deutschland** endgültig den Garaus machen würde. Von den Medien – insbesondere den zwangsfinanzierten – hofiert und bis ins Unendliche gelobt, sieht sich die Klimaschutz-Gender-Migrationspartei schon sicher im Kanzleramt. Verhindern können – und müssen! – wir das gemeinsam. Werden Sie Deutschlandretter, bewahren Sie unser schönes Deutschland, das grüne Herz **Thüringen** und unsere Region vor weltfremden Phantasien, die uns allen den Angstschweiß ins Gesicht treiben: die Grünen planen, das muss jedem klar sein, eine **sozialistische Ökodiktatur**.

Wir als AfD wollen Deutschland. Aber normal. Wir sehnen uns nach Normalität. Wir wollen, dass die Kinder zur Schule gehen, wir mit dem Auto zur Arbeit fahren und am Abend im Biergarten sitzen können. Wir wollen kein Gendersternchen in jedes Wort quetschen und künstlich Doppelpunkte stottern. Wir wollen keine Kinderbücher, wie Pipi Langstrumpf, umschreiben. Wir wollen ein Deutschland, das einen erfolgreichen Mittelstand hat, der nicht mit Bürokratie gegängelt wird, und weltweit bekannt für seine qualitativ hochwertigen Produkte ist. Wir wollen ein Land, in dem **Meinungsfreiheit**, statt Zensur gelebt wird und keiner am Gartenzaun flüstern muss, weil er die AfD gut oder die Regierung schlecht findet. Dafür stehe ich und dafür setze ich mich ein. Wenn Sie das auch so sehen, dann unterstützen Sie mich, zum Beispiel als **Wahlkampfhelfer** (melden Sie sich dazu gern unter **brandner@wk194.de**) oder mit einer Spende an den Kreisverband Gera-Jena-SHK, Sparkasse Jena Saale-Holzland, IBAN: DE 4283 0530 3000 1803 4675, Verwendungszweck: „Stephan Brandner Wahlkampf".

Wenn Sie mich persönlich sprechen wollen: Kein Problem! Melden Sie sich einfach in meinem Büro. Wenn möglich, komme ich auch gerne mal bei Ihnen zu einem Gespräch vorbei!

Euer/Ihr
Stephan Brandner

Wahlkreisbüro Gera geöffnet: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 10.00-18.00 Uhr
Rudolf-Diener-Str. 21 • 07545 Gera • www.stephan-brandner.de
Tel: 0365/20 42 41 30 • kontakt@brandner-im-bundestag.de

Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Hier können Sie Stephan Brandner eine Frage stellen:

https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/stephan-brandner

Anregungen zum Wochenrückblick oder Abmeldung bitte hier:

stephan.brandner.ma04@bundestag.de